



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VIII/152 - 3.7.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Frankreich und das Schuldenabkommen	S. 1
Internationale Gewerkschaftstagung in Stockholm	S. 3
Carlo Schmid: Deutschland und die Besatzungsmächte	S. 5
Zur Verabschiedung des Wiedergutmachungsgesetzes	S. 7

Wirtschaftshilfe an die französische Zone ?

Von Fritz Erler, M.d.B.

Am 3. Juli hat der Bundestag ein Gesetz über ein Abkommen zwischen der Bundesrepublik und Frankreich über die Regelung der Ansprüche der französischen Regierung aus der Deutschland geleisteten Nachkriegswirtschaftshilfe angenommen, obwohl sich am Vortage eine Mehrheit des Bundestages gegen das Gesetz ausgesprochen hatte. In diesem Abkommen heisst es, "dass Frankreich im Zeitraum zwischen dem 8.5.1945 und dem 18.10.1948 Deutschland Wirtschaftshilfe geleistet hat". Nach Art. 1 verpflichtet sich die Bundesregierung, als Gesamtregelung der Forderung "aus der Deutschland seit dem 8.5.1945 geleisteten Wirtschaftshilfe" einen Betrag von 11.840.000 Dollar in französischen Franken zu zahlen. Aus der Abrechnung ergibt sich, dass es sich angeblich um ein französisches Guthaben aus dem von den französischen Dienststellen für ihre Zone geführten Aussenhandel handelt.

Die Einwohner der französischen Zone werden erstaunt aufhorchen. Sie haben nichts davon gemerkt, dass vom 8.5.45 bis zum 18.10.48 Frankreich irgendwelche Wirtschaftshilfe an seine Zone geleistet habe. Das Gegenteil ist richtig. In der französischen Zone sind riesige Holzmengen entnommen worden, die man vor der Währungsreform zu alten Reichsmarkstoppreisen und noch dazu im Verhältnis 1:10 herabgesetzt bezahlte. Ausser der Truppe lebten

zahllose Angehörige der französischen Armee aus dem Lande. In jenen Hungerjahren musste die französische Besatzungszone grosse Auflagen an Vieh, Lebensmitteln aller Art für Zwecke der französischen Besatzungsmacht, und zwar nicht für den Unterhalt von Truppen allein, erfüllen. Die gesamte Industrie wurde mit grossen Lieferauflagen bedacht, zu Stoppreisen wurden z.B. Uhren, Maschinen, Instrumente von den französischen Organisationen übernommen und zu unkontrollierbaren freien Preisen im Ausland abgesetzt. Es war nicht möglich - auch nicht durch ein amerikanisches Wirtschaftsprüfungsunternehmen - irgendeine einigermaßen zuverlässige Abrechnung dieser Geschäfte zu erlangen. Fest steht, dass die französische Regierung ihrer Zone keine Wirtschaftshilfe geleistet, sondern die wirtschaftliche Substanz der Zone kräftig zu ihren Gunsten ausgebeutet hat.

Sicher hat die deutsche Besatzungsmacht in Frankreich das gleiche getan. Das sei nicht verschwiegen. Der Einkauf der deutschen Dienststellen gegen wertlose Kassenscheine ist kein Ruhmesblatt. Mit Requisitionen aller Art und Verschleppungen von Arbeitskräften wurde die deutsche Kriegswirtschaft gefördert. Wenn Frankreich aus dieser Tatsache der Ausbeutung seines Landes Reparationsansprüche herleitet, ist das verständlich. Darüber war auf höchster Ebene zu reden. Es ist aber unehrlich, jetzt sich eine Wirtschaftshilfe bescheinigen zu lassen, die nie geleistet worden ist. Ich wäre durchaus bereit, den Franzosen jene rund 12 Millionen Dollar zu zahlen als Geschenk, wenn damit die deutsch-französischen Beziehungen auf eine bessere Grundlage gestellt werden können. Ich bin nicht bereit, eine geschichtliche Unwahrheit zur Ausgangsbasis eines solchen Vertrages zu machen.

Es ist erstaunlich, dass die Regierungskoalition diesem Vertrag zugestimmt hat. Die Abgeordneten aus der französischen Zone haben damit wider besseres Wissen gehandelt. Auch Abgeordnete, deren Kreise unmittelbar an die französische Zone grenzen, sind sicher in Kenntnis von dem, was sich in der französischen Zone abgespielt hat. Es nützen doch keine nachträglichen Proteste gegen französische Gewalttaten des Jahres 1945, wenn obendrein noch für französische Hilfe gezahlt wird. Das Argument, das ohne diese Anerkennung der Nachlass amerikanischer Forderungen nicht zu erlangen war, sticht nicht. Wenn die Alliierten eine Gesamtschuldenregelung nur auf der Basis einer Lüge abzuschliessen bereit sind, wäre mit dieser Regelung noch zu warten gewesen, bis sie im Interesse auch der Gläubiger zu einer wahrheitsgemässeren Lösung bereit gewesen wären.

Internationaler Gewerkschaftskongress in Stockholm

I.S. Stockholm

Am Sonnabend, dem 4. Juli, tritt in Stockholm, Schwedens Hauptstadt, der "Internationale Bund Freier Gewerkschaften" (IBFG) zu seinem dritten Vollkongress zusammen. Als Ende 1949 die Angelsachsen den längst fälligen Bruch mit dem prokommunistischen Weltgewerkschaftsbund vollzogen und sich entschlossen, wieder mit der deutschen Gewerkschaftsbewegung zusammen zu arbeiten, folgten sie dem Beispiel und der Warnung, welche die deutsche Sozialdemokratie, namentlich ihr Führer Schumacher und die Berliner Gewerkschaften, schon früher gegeben hatten. Es ist heute müßig, sich zu fragen, ob die unselige Lücke, die in Frankreich und Italien noch jetzt in der Gewerkschaftsfront klafft, nicht vermieden worden wäre, wenn man nicht solange an der peinlichen Kriegsallianz mit Moskau festgehalten hätte. Der neu gegründete IBFG gewann jedenfalls mit dem Anschluss der sechs Millionen Mitglieder des deutschen DGB und den über acht Millionen der nordamerikanischen AFL eine politische und finanzielle Stärkung, die ihm erlaubte, sich den internationalen interstaatlichen Institutionen als legitimer Vertreter der wahren unabhängigen Gewerkschaftsbewegung vorzustellen.

Der IBFG ist in mancher Beziehung von den Gewerkschaftsinternationalen der Vorkriegszeit verschieden. So sind in nahezu allen Ländern die Beziehungen zu den sozialistischen Parteien gelockert worden. Das ändert jedoch nichts daran, dass die alten, traditionell im Gleichschritt mit der sozialistischen Bewegung marschieren - den Gewerkschaften Mitteleuropas, der drei skandinavischen Staaten und Englands Kern und Rückgrat der Internationale bilden, zu dem die Neue Welt durch die gigantischen Gewerkschaftsbünde Nordamerikas gestossen ist.

Stockholm wird zeigen, dass dieser Gewerkschaftsblock mit Erfolg in der übrigen Welt - soweit sie nicht durch den "Eisernen Vorhang" in ein Ghetto verwandelt ist - geworben hat, und die Kraft besitzt, Dämme zu bauen gegen die Bolschewisierung der arbeitenden Bevölkerung.

Die Frage ist, ob die kapitalistischen liberalen Schichten, die heute die Welt regieren, genügend Einsicht besitzen, um zu begreifen, wie sehr sie es der freien demokratischen Gewerkschaftsbewegung verdanken, dass die Welt nicht in einer Sintflut bolschewistischer Stürme

unterging. Die drei Hauptthemen, die der Kongress behandeln wird, sind drei Warnungssignale an Regierungen und Vereinte Nationen. "Die Menschenrechte" als Hauptreferat warnt, dass noch in weiten Gebieten der Welt die ursprünglichsten Rechte des Menschen, darunter die Koalitionsfreiheit, nicht verwirklicht sind. Ein Referat über den Kampf um die Befriedung der Welt mahnt die Staatsmänner, dass wir noch weit vom Weltfrieden entfernt sind. In der Debatte über die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben der Gegenwart werden sehr deutlich die "Wirtschaftsführer" gefragt werden, was sie nach dem Abflauen der gegenwärtigen Rüstungshausse zu tun gedenken, um den Arbeitermassen Vollbeschäftigung und einen würdigen Lebensstandard zu sichern.

Als der zweite Kongress des IBFG zusammentrat, im Juli 1951 in Mailand, forderte er unter amerikanisch-englischer Führung und unter dem Eindruck des Friedensbruches in Korea vorbehaltlos die allgemeine Wiederaufrüstung. Mittlerweile hat sich verschiedenes ereignet, was erlaubt, die Kriege in Korea und Indochina in nüchternerem Licht zu sehen. Es ist anzunehmen, dass in Stockholm versucht werden wird, das Gewicht der kontinentaleuropäischen Gewerkschaften sachlich und personell im IBFG mehr als bisher zur Geltung zu bringen. Vor allem dürften die Gewerkschaften, deren Heimat an den Eisernen Vorhang grenzen, wie Deutschland und Österreich, berufen sein, ein nüchternes und vom eigenen Erleben geprägtes Urteil über die durch Stalins Tod entstandene Lage in Russland und die daraus sich ergebenden Möglichkeiten zu geben. Der Erfolg des Stockholmer Kongresses wird nicht zuletzt davon abhängen, wie weit man einsieht, dass auch für die internationale Gewerkschaftsarbeit das europäische Festland ein wichtigerer Arbeitsplatz ist als z.B. die westindische Insel St. Kitts, und dass die besondere Lage und die alten gewerkschaftlichen Erfahrungen der deutschen, österreichischen, schweizer und skandinavischen Organisationen bei den Beschlussfassungen über die Haltung des IBFG zu den akuten weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Problemen eine wichtige Rolle zukommen müsste.

Westintegration verhindert Wiedervereinigung

Carlo Schmid stellt die entscheidenden Fragen an die Regierung und ihre Parteien

Wir tragen in folgendem wesentliche Stellen der Rede Professor Carlo S C H M I D 's aus der letzten grossen aussenpolitischen Debatte nach, weil sie die deutsche Problemstellung im Hinblick auf eine kommende Viererkonferenz besonders klar umreisst.

In seiner Rede während der letzten grossen aussenpolitischen Debatte erklärte der Abgeordnete Prof. Carlo Schmid (SPD) einleitend: "Es ist erfreulich, dass sich heute in Deutschland alle Verantwortlichen in einem Ziele einig sind, nämlich, in der Wiedervereinigung Deutschlands," und er fügte hinzu: Was aber den Grad der Vordringlichkeit betreffe, so sei die SPD der Meinung, dass die Wiedervereinigung Deutschlands das schlechthin erste Ziel jeder deutschen Aussenpolitik sein müsse, schon deswegen, weil ohne seine Verwirklichung auch andere Ziele, z.B. die Ordnung Europas, nicht realisiert werden könnten.

Zu der Regierung und ihren Parteien gewandt, fuhr er fort: "Wir unterscheiden uns im wesentlichen, glaube ich, in der Methode. S i e glauben, die Westintegration schaffe überhaupt erst die Voraussetzungen für eine realistische Wiedervereinigungspolitik. W i r glauben, dass die Westintegration im Gegenteil die für die Wiedervereinigung notwendigen Voraussetzungen nicht zustande kommen lässt. Es wurde auch gesagt, durch die Politik der Regierung hätten wir das Vertrauen wenigstens der Westmächte gewonnen. Das ist gut und das ist sehr viel.

Voraussetzungen einer russischen Bereitschaft

Dieses Vertrauen ist notwendig. Aber was nützt uns denn dieses Vertrauen, wenn es mit Mitteln gewonnen worden ist, die den Russen ihr Interesse an Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands nehmen? Wir glauben, dass diese Integrationspolitik der Wiedervereinigung hinderlich ist. Sie setzt doch im Grunde voraus, dass die Russen sich, ehe sie an den Verhandlungstisch gehen, damit einverstanden erklären, dass der Teil des deutschen Potentials, den sie heute noch kontrollieren in einen politischen Block eingebracht wird - und zwar unlösbar - den sie eben - mit Recht oder Unrecht sei dahingestellt - nun einmals als feindlich gegen sich gerichtet betrachten. Unter diesen Voraussetzungen eine russische Bereitschaft anzunehmen, scheint mir nicht sehr realistisch zu sein.

Vielleicht wird die Deutschlandfrage nur durch eine Gesamtabrechnung zwischen Moskau und Washington gelöst werden können. Dann wäre das Deutschlandproblem nur ein Teilstück einer sehr viel grösseren Rechnung. Ich weiss nicht, ob eine Bundesregierung die Möglichkeit hätte, aktiv durch eigene Politik auf das Zustandekommen einer solchen Gesamtabrechnung hinzuwirken. Aber eines kann sie auf jeden Fall tun: sie kann eine Politik betreiben, die es vermeidet, dass vollendete Tatsachen geschaffen werden, die sich prohibitiv, d.h. hinderlich für die Wiedervereinigung auswirken könnten. Ob das geschehen ist oder nicht, das gibt den Maßstab für die politische Beurteilung der europäischen Teilmassnahmen ab, von denen in der Regierungserklärung gesprochen ist - Montanunion, EVG-Vertrag usw. Vor allem aber, glaube ich, sollte es keine deutsche Politik geben, die den Versuch macht, den politischen

Status Deutschlands so bestimmen zu lassen, dass der andere kapituliert haben muss, ehe er sich an den Verhandlungstisch setzt.

Wiedervereinigung kein "Eingemeindungsproblem"

Nun, wer kann denn den politischen Status Deutschlands bestimmen? Den kann weder der Westen für sich noch kann ihn der Osten für sich bestimmen, noch können es der Westen und der Osten ohne die Deutschen.

Dieser Status kann nur bestimmt werden durch alle fünf, und man sollte doch endlich aufhören, die Wiedervereinigung Deutschlands etwa im Sinne des Art. 103 des Statuts für die Europäische Behörde als eine Art Eingemeindungsproblem zu sehen. Die politische Einheit Deutschlands wird nicht dadurch hergestellt werden, dass man die Deutschen jenseits des Eisernen Vorhangs heimführt, sondern dadurch, dass man zusammen Inhalt und Formen der nationalen Existenz unseres Vaterlandes bestimmt.

Es ist also eine Notwendigkeit, zu einer Viermächtekonferenz zu kommen, auf der zunächst die vier Mächte klären müssen, ob sie das Ergebnis freier Wahlen in ganz Deutschland riskieren wollen. Scheitert diese Viermächtekonferenz, nun, dann wird man aufgrund der dann vorliegenden Tatsachen Entscheidungen zu treffen haben. Aber man kann die Viermächtekonferenz nicht nur deswegen jetzt nicht wollen, weil nicht sicher ist, ob sie zu dem von uns gewünschten Ergebnis führen wird. Gelingt diese Konferenz, nun, dann werden wir freie Wahlen in Deutschland haben und eine Nationalversammlung, die eine Regierung produzieren wird, und dann wird man zu München über einen deutschen Friedensvertrag verhandeln müssen.

Das Statut Deutschlands und damit gleichzeitig die aussenpolitische Bewegungsfreiheit Deutschlands werden aus diesem Friedensvertrag hervorgehen müssen. Sollte man von uns verlangen, einen Vertrag zu unterzeichnen, in dem Dinge stehen, die nicht akzeptabel sind, dann muss man eben Nein sagen. Dann wird aufgrund dieser Situation wieder hüten und drüber entschieden werden müssen, was zu geschehen hat."

Abschliessend forderte Prof. Schmid Regierung und Regierungsparteien auf, den SPD-Anträgen zuzustimmen, wenn sie Viermächte-Verhandlungen wollten. "Wenn Sie nicht glauben, zustimmen zu können" - rief er aus - "welches sind dann Ihre Gründe für Ihr Wenn und Ihr Aber?" Nehmen Sie denn nicht Ihr Wenn und Ihr Aber wichtiger als den Impuls, der Sie treibt, Viermächte-Verhandlungen zu fordern? Sie vergessen vielleicht dabei, dass der Sinn dieses Aufstandes im Osten auch darin liegt, dass er ein Appell an den Westen - den Westen der ganzen Welt - war, die Trägheit des Herrschens zu überwinden und etwas zu wagen, vielleicht auch Initiativen, die nicht den gewünschten Erfolg von vornherein in sich tragen. Aber man muss das wagen. Denn wenn man nichts wagt, dann fürchte ich, dass sich die Situation so verhärten wird, dass letzten Endes zum Unglück der ganzen Welt nichts anderes zuwege kommen wird als eine Konsolidierung des Status Quo, einfach aus Trägheit der Masse heraus."

+ + +

Abtragung einer Dankeschuld

(sp) Unter der Fülle der Gesetze, die der Bundestag vor seinem Abgang verabschiedete, kommt dem Gesetz über die Wiedergutmachung eine besondere Bedeutung zu, was sich schon darin ausdrückte, dass es, ein einmaliger Vorgang, ohne Aussprache mit grosser Mehrheit angenommen wurde. Der Bundestag handelte unter Zeitdruck. Noch bis in die allerletzten Tage hinein blieb das Schicksal dieses Gesetzes in der Schwebe - es gab innerhalb der Regierungskoalition mächtige Strömungen, die auf eine Vertagung drängten und den neuen Bundestag damit befassten wollten.

Über die Haltung der SPD gab es von Anfang an keinen Zweifel. Für sie war die baldmöglichste Wiedergutmachung an den Opfern des Dritten Reiches, die wegen ihrer politischen und religiösen Gesinnung oder wegen ihrer Rasse verfolgt wurden, eine politische und moralische Selbstverständlichkeit.

Schwere Differenzen innerhalb der Regierungsparteien verhinderten die parlamentarische Verabschiedung des schon seit langer Zeit vorliegenden sozialdemokratischen Gesetzentwurfes. Die Regierung fand immer wieder neue Ausflüchte. Diese zwangen den Bundesrat, der hier ein grösseres Verständnis für moralische Notwendigkeiten bewies, nun selbst auf den Plan zu treten. Er arbeitete eigene Vorschläge aus, die jedoch nie zur Behandlung kamen, weil das Bundeskabinett sie mit Gegenvorschlägen durchkreuzte. Dieses Hin und Her gereicht der jungen deutschen Bundesrepublik nicht zur Ehre, umso mehr, als gerade jene Kreise, die hier eine Verzögerungstaktik einschlugen, weniger Hemmungen hatten, als es um die Versorgung der im Dritten Reich zu Macht und Karriere gelangten Nutzniesser ging.

Aussenpolitische Gründe bewogen das Kabinett, sozusagen in letzter Stunde, doch noch das von ihm ausgearbeitete Gesetz dem Parlament vorzulegen. Es weist viele Mängel auf und sein grösster Nachteil besteht wohl darin, dass es die finanzielle Last der Wiedergutmachung auf die Länder verlagert. Immerhin ist nunmehr eine rechtliche Grundlage geschaffen. Sie gestattet es, den Dank an jene Männer und Frauen oder deren Überlebenden abzutragen, die in Deutschlands dunkelster Zeit den Gedanken der Freiheit hochhielten, der Diktatur trotzten und dafür an Leib und Leben zu büssen hatten.

Verantwortlich: Peter Raunau